



François Marthaler Der frühere Regierungsrat klagt gegen den Staat. *Von Philippe Reichen*

Seine Computer halten länger

François Marthaler könnte ein stressfreies Pensionistenleben führen. Die Waadt garantiert ihm als ehemaligem Regierungsrat eine hohe, lebenslange Rente. Doch der 57-jährige Grüne arbeitet lieber, er hat eine Mission: den Konsum umweltfreundlicher zu machen. Bereits vor seiner Zeit als Regierungsrat hatte der Betriebswirt eine Reparaturfirma und das «Investigativbüro für Recycling und Nachhaltigkeit» gegründet. Als er 2012 als Waadtländer Baudirektor zurücktrat, baute er sein nächstes Unternehmen auf: «Why!».

Marthaler setzt einen Gegentrend zum kurzlebigen Computermarkt. Er sagt: «90 Prozent der Computer landen im Abfall, obwohl sie noch funktionieren.» Er hingegen bietet Rechner an, welche die Nutzer unkompliziert in Einzelteile zerlegen, reparieren und erneuern können. Die Lebensdauer sei dank des Betriebssystems Linux auf zehn Jahre ausgelegt.

Als Kleinstproduzent besetzt der Öko-Unternehmer einen Nischenplatz im Computermarkt. Doch er ist selbstbewusst genug, sich gegenüber Giganten wie Apple, Dell, Lenovo oder Microsoft seinen Platz zu erkämpfen. Dafür ist er nun bis vor Bundesgericht gezogen.

Marthaler fühlte sich von den öffentlichen Ausschreibungen in der Westschweiz diskriminiert. Die staatliche Beschaffungsstelle in Genf, über die Schulen, Gemeinden, Spitäler und Kantonsverwaltungen ihre millionenteuren Einkäufe tätigen, wählte für die Anschaffung neuer Computer, Bildschirme und Drucker nicht wie üblich einen, sondern zwei Produzenten aus. Erst die Schulen und Gemeinden sollten sich auf den für sie besten Produzenten festlegen.

Dadurch ist es möglich, dass eine Firma alle Aufträge bekommt, die zweite, von der Beschaffungsstelle ausgesuchte, hingegen leer ausgeht. Für Marthaler ist das ein Problem. Als Kleinproduzent muss er Liefermengen frühzeitig kennen, um Preise festzusetzen. Auch hat er kein grosses Lager, um massenweise Computer zu liefern. Er muss sie zuerst produzieren. «Solche Bedingungen können nur grosse Konzerne erfüllen», monierte er vor Bundesgericht. Vergebens.

Das Bundesgericht entschied kürzlich, dass die Aufträge korrekt ausgeschrieben waren; worauf die Beschaffungsstelle umgehend neue Ausschreibungen tätigte. «Das ist ärgerlich», hadert Marthaler mit dem Urteil. Er habe sich in der Einschätzung, die Justiz könne das Recht interpretieren, gewaltig geirrt. Den Grund seiner Beschwerde hätten die Richter ignoriert.

Doch der 57-jährige gibt sich auch selbstkritisch: «Vielleicht hätte ich via die Politik und nicht über die Justiz intervenieren sollen.» Seine Hoffnung, der «Westschweizer Gemeinschaft nachhaltige Computer zu verkaufen», habe er «auf unbestimmte Zeit» begraben. Marthaler sagt: «Auch als Waadtländer Baudirektor durfte ich Aufträge niemals so vergeben. Ich musste stets den günstigsten Anbieter berücksichtigen.»